

Grüne Baselland
Postfach 1244, 4133 Pratteln 1
ld@gruenen.ch

Grün bewegt!

GRÜNPOL

Rundbrief zu aktuellen Themen

Nein zum „Gesetz für den unverzüglichen Bau der H2“

Isaac Reber, Landrat Sissach



Am 24. September wird die Baselbieter Stimmbevölkerung abstimmen, ob zur Finanzierung des neuen 300-Millionen-Tunnelprojekts H2 in Frenkendorf der Motorfahrzeugsteuer-Rabatt (befristet) aufgehoben werden soll. Darum geht es bei dieser Abstimmung vordergründig. Es geht aber um viel mehr. Es geht darum aufzuhören, mit

immer mehr sinnlos teuren „kosmetischen“ Eingriffen die Folgen einer verfehlten Verkehrs- und Siedlungspolitik übertünchen zu wollen. Die ungehemmte und steuerungslose Siedlungsentwicklung in unserem Kanton schafft immer mehr Verkehrsprobleme und belastet die Lebensqualität namentlich in den Haupttälern, in den grossen Gemeinden, zunehmend. Da schaffen noch so teure Umfahrungstunnels auch keine dauerhafte Abhilfe. Im Gegenteil, sie verlagern die Probleme nur, verschärfen sie und schaffen erst noch neue! Ein Nein am 24. September ist ein erster Schritt hin zu mehr Wohn- und Lebensqualität und weniger Lärm und Luftverschmutzung.

Darum braucht es ein Nein!

Ein Nein zum „Gesetz für den unverzüglichen Bau der H2“ macht den Weg frei, dieses überholte, unverhältnismässig teure Projekt aus den 70er-Jahren endlich ad acta zu legen. Damit werden zeitgemässere Lösungen möglich, namentlich der Ausbau bestehender Verkehrsträger (Rheinstrasse und S-Bahn). Die Grünen Baselland haben hierzu bereits zwei Initiativen vorbereitet.

Wenn zum zweiten Mal nach 1995 eine Vorlage zur Finanzierung des H2-Tunnels abgelehnt wird, muss ausserdem jedes weitere Festhalten an diesem verfehlten Tunnelbauwerk als Zwängerei qualifiziert werden. Dass es genau diese Abstimmung über die Rabattaufhebung schon 1995 gab, versuchen die H2-Befürworter in ihren Grossinseraten der Bevölkerung konsequent zu verheimlichen – eine Rechnung die hoffentlich nicht aufgeht!

Keine Spur von verursachergerechter Finanzierung

In der Abstimmungsdiskussion wird teils behauptet, mit der (befristeten!) Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts werde der H2-Tunnel verursachergerecht finanziert. Dies trifft leider in mehrfacher Weise nicht zu. Tatsächlich wird aus der Rabattaufhebung nur ein kleiner Teil der Investitionskosten von über 300 Millionen Franken

finanziert, den Löwenanteil übernimmt die öffentliche Hand.

Überhaupt kein Beitrag wird an die bei Tunnelbauwerken üblicherweise extrem hohen Unterhaltskosten erfolgen. Nicht enthalten sind in der Finanzierungsvorlage ausserdem der Landerwerb, die Planungskosten und der Rückbau der Rheinstrasse! Dies war 1995 in den Abstimmungsunterlagen der Bevölkerung verbindlich versprochen worden. Es zeichnet sich bereits ab, dass dieses Versprechen nicht gehalten werden soll.

H2-Tunnel löst keine Probleme – er schafft neue

Der Bau des H2-Tunnels würde die Verkehrsprobleme in Frenkendorf nur vordergründig lösen, tatsächlich aber in erster Linie neue Probleme schaffen. Mit dem Tunnelbau und der bestehenbleibenden Rheinstrasse würde sich in Frenkendorf eine neue Verkehrskapazität von über 80'000 Fahrzeugen ergeben. Dass ist weit mehr, als das talaufwärts liegende Liestal mit seiner einspurigen Umfahrung verkraften könnte. So würde sich das Verkehrsproblem lediglich nach Liestal verlagern. Auch nicht gelöst wären die Lärm- und Immissionsprobleme. Durch die vergrösserte Kapazität würden sie im Gegenteil massiv zunehmen. Auch die Rheinstrassen-Anwohner werden nicht von Lärm und Gestank befreit. Die offiziellen Schätzungen gehen auch nach dem Tunnelbau von weiterhin 20'000 Fahrzeugen pro Tag auf der Rheinstrasse aus. Das ist mehr als am Gotthard (ja, tatsächlich!). Da wäre es endlich Zeit, den Anwohnern reinen Wein einzuschenken, statt sie als Tunnelargument zu missbrauchen. Dies erst recht nach der Weigerung der bürgerlichen Parteien im Parlament, wenigstens den Rückbau der Rheinstrasse in die Finanzierungsvorlage aufzunehmen.

Parolen für die Abstimmungen vom 24. September

Volksinitiative "Nationalbankgewinne für die AHV"	Ja
Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer	Nein
Änderung des Asylgesetzes	Nein
Landratsbeschluss betreffend Kantonales Laboratorium in Liestal, Umwidmung und Ersatzbeschaffung (Referendumsabstimmung)	Ja
Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln – Liestal	Nein
kantonales Alkohol- und Tabakgesetz	Ja

Nein zu diesem Luxusfinanzierungsgesetz – Weg frei für bessere Lösungen

Unter dem Titel „Gesetz für den unverzüglichen Bau der H2“ verbirgt sich nichts als ein letzter krampfhafter Versuch, über eine befristete Rabattaufhebung eine Finanzierung des H2-Tunnels doch noch zusammenzubringen. Das Verkehrsproblem in Frenkendorf lässt sich schneller, günstiger und besser lösen. Der Weg dazu führt nur über ein Nein am 24. September!

Einmietung des Kantonslabors im Futuro: JA

Isaac Reber, Landrat Sissach

Der Landratsbeschluss vom 16. Februar 2006 sieht die Aufhebung des alten Standorts Hammerstrasse und die Einmietung in den Neubau Futuro vor.

Der Standort in der Gräubern liegt unmittelbar neben der Haltestelle Altmarkt und weist so eine gute öffentliche Erschliessung auf. Es macht also Sinn, dort Arbeitsplätze anzusiedeln, denn diese müssen in der Nähe der Wohngebiete und öffentlich gut erreichbar sein, wenn wir endlich von unserer strassenlastigen Verkehrspolitik wegkommen wollen.

Ebenfalls positiv ist der Minergiestandard der geplanten Büro- und Laborbauten. Das ist in diesem Bereich noch längst kein Standard und deshalb braucht es solche deutlich sichtbaren Zeichen in unserem Kanton. Bei uns leider auch noch nicht selbstverständlich ist die Bebauung so grosser Areale nach einheitlichem Plan und mit Wettbewerb wie hier. Auch wenn das Ergebnis nicht immer allen gefallen mag, ist dieses Vorgehen der regellosen Bebauung vorzuziehen.

Der Umzug des Kantonslabors ins Futuro ist aus diesen Gründen sinnvoll, denn der bisherige Standort befindet sich in desolatem Zustand und ist keine Alternative. Offen bleibt, ob Zusammenlegungen mit Basel Sinn machen würden. Die Grüne Fraktion hat beantragt, dies im voraus zu klären, ist damit aber unterlegen. Immerhin hat die Regierung auf unseren Antrag den Auftrag erhalten, die Abklärungen weiterzuführen. Und so kommt's vielleicht wieder einmal, dass eine städtische Institution aufs Land zieht.

Isaac Reber stellt klar, die Grüne Fraktion unterstütze grundsätzlich das Projekt Futuro. Dass eine derart grosse Überbauung nach einem einheitlichen Plan und nicht regellos erstellt werde, sei für den Kanton Basel-Landschaft nicht Standard und es sei positiv zu werten, dass dazu ein Wettbewerb stattfand. Die Aussage, dass sich die Arbeitsplätze des Kantonalen Laboratoriums unter Tage befinden würden, sei nicht korrekt. Das Areal ist sowohl für den privaten als auch für den öffentlichen Verkehr gut erschlossen und es sei daher grundsätzlich sinnvoll, dieses zu bebauen.

Mit dem vorgesehenen Minergie-Standard des Projekts Futuro besteht auch im energetischen Bereich ein Standard, welcher für den Kanton Basel-Landschaft nicht selbstverständlich ist und mit einer freien Überbauung nicht erreicht würde. Zudem habe die Kommission festgestellt, dass die Futuro-Überbauung günstiger und zentraler gelegen sei als das Techcenter in Reinach. Für die Grünen kommt Reinach als Standortalternative nicht mehr in Frage. Als eigene Lösung für das Kantonale Laboratorium sehen die Grünen nur die vorgeschlagene Lösung am Standort Gräubern in Liestal.

Isaac Reber erklärt sich damit einverstanden, den Zeitrahmen eines Jahres aus dem oben formulierten Antrag zu streichen.

://: Der Landrat beschliesst mit 54:30 Stimmen bei einer Enthaltung, folgende neue Ziffer 5a in den Landratsbeschluss aufzunehmen:

Die Regierung erhält den Auftrag, verbindlich die Zusammenlegung der Kantonalen Laboratorien Basel-Stadt und Basel-Landschaft an einem Standort zu klären.

Kantonales Alkohol- und Tabakgesetz

Madeleine Göschke-Chiquet, Landrätin Oberwil



Das Rauchen und der Risikokonsum von Alkohol haben bei Jugendlichen dramatisch zugenommen. Die Folgen sind verheerend: 8 bis 10`000 Menschen sterben in der Schweiz jedes Jahr allein an den Folgen des Rauchens, hinzukommen noch 500 Opfer des

Passivrauchens. Die sozialen und gesundheitlichen Kosten von missbräuchlichem Alkohol- und Tabakkonsum belaufen sich pro Jahr in der Schweiz auf rund 16,5 Milliarden Franken – doch schwerer wiegt das menschliche Leid, das sich hinter diesen Zahlen verbirgt. Die Bekämpfung von Alkohol- und Tabakmissbrauch beruht auf vier Säulen: Prävention, Werbebeschränkung, Erschwerung des Zugangs einschliesslich Verteuerung und Ausstiegshilfe. Das vorliegende Gesetz befasst sich mit der Werbebeschränkung und der Zugangerschwerung speziell für Jugendliche. Der Verkauf von Tabak und Alkohol an Minderjährige soll gestoppt werden. Die Werbung für Alkohol- und Tabakwaren auf öffentlichem Grund wird untersagt. Auf privatem Grund, sofern einsehbar von öffentlichem Grund, ist die Werbung für Tabakwaren, Alkopops und Spirituosen auch verboten, aber leider nicht für Wein und Bier. Vergeblich haben die Grünen gegen diese Inkonsequenz gekämpft.

Jugendliche sind besonders anfällig für Werbebotschaften, und die Tabakbranche richtet ihre Werbung gezielt auf Jugendliche aus. Wissenschaftliche Studien haben bewiesen, dass die Zahl der Rauchenden von der Werbung abhängig ist. Dies wurde von Fachgremien, vom Bundesrat und vom Bundesgericht bestätigt. „Rauchen ist eine übertragbare Krankheit – übertragbar durch Werbung“, so G.H. Brundtland, frühere Generaldirektorin der WHO.

Gegner des Gesetzes behaupten, dass Verkaufsverbote Alkohol und Tabak für Jugendliche attraktiver machen. Aber der junge Mensch muss lernen Grenzen zu setzen und anerkennen und sich selbst Grenzen zu setzen. Ohne Grenzen keine Erziehung und keine Identitätsbildung. Der Kanton Baselland isoliert sich mit seinem Alkohol- und Tabakgesetz keineswegs, denn ähnliche Gesetze sind in 15 andern Kantonen schon verwirklicht oder in Vorbereitung. Im Vergleich zum übrigen Europa und den USA liegt die Schweiz bezüglich Werbe- und Verkaufsbeschränkung zurück.

Dieses Gesetz ist ein wichtiger Beitrag zum Schutz unserer Jugend. Deshalb sagen wir am 24. September JA zum kantonalen Tabak- und Alkoholgesetz.

Das neue Ausländergesetz/Asylgesetz: ein Menschliches Desaster

Simon Trinkler, Junge Grüne Nordwest

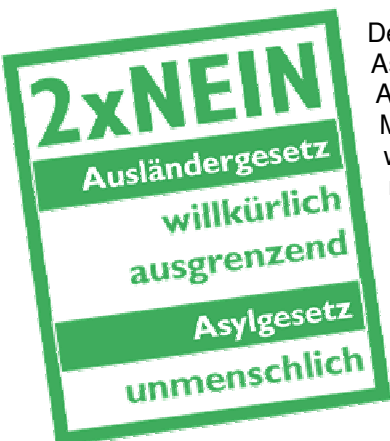


Ende Juni habe ich durch Zufall einen Spiegel-Magazin mit dem Titel: „Ansturm der Armen“ in die Hand bekommen. Darin beschreibt ein Reporter den 5600 Km langen Weg von Ghana nach Europa, welcher er mit einem Mann, einem Wirtschaftsflüchtling, nochmals geht, 14 Jahre nach dessen Flucht – eine Geschichte wie sie die Welt allzu oft schreibt, voller Leiden, Not und Armut.

Das Problem: Menschen mit einem solchen Schicksal sind arm, genau wie die Kriegs- und Krisenflüchtlinge. Deshalb will sie eine Mehrheit der Schweizerbevölkerung nicht. SchweizerIn versteckt sich deshalb hinter Argumenten wie der hohen Kriminalitätsrate bei Ausländern, der schlechten Integration etc., zumeist also Faktoren, welche direkt oder indirekt durch die Armut und Not bedingt sind.

Das Rezept dagegen scheint einfach. Wir bauen die Zäune in Melilla und Ceuta noch höher beziehungsweise wir unterscheiden hier in der Schweiz zwischen potenziell reicheren EU-Bürgern und „Übrigen“. Oder wir verlangen Identitätspapiere, als Bedingung für ein Asylverfahren, die den Flüchtlingen bestimmt schon abgenommen wurden, wenn sie überhaupt welche besessen haben - das Neue Ausländer- und Asylgesetz ist da gefährlich kreativ. Es streicht Menschen mit Nichteintretensentscheid gar die Sozialhilfe und erlaubt es, Kinder bis zu einem Jahr und Erwachsene bis zu zwei Jahre in Beugehaft zu nehmen. Eine solche Haftdauer kommt dieser für Delikte gegen Leib und Leben nahe, obwohl diese Menschen unschuldig sind.

Wenn dieses Gesetz am 24. September angenommen wird, so schaffen wir mehr menschliches Leid und wir verschliessen uns der weltweiten Realität, an der wir mit unseren Waffenexporten, dem billigen Import von Kaffee usw., fleissig mitarbeiten und mitverdienen. Wir müssen dieses Gesetz mit aller Entschiedenheit ablehnen und stattdessen unsere ganze Rolle in diesem weltweiten Drama überdenken, denn mit unmenschlicher Repression ist das Problem der Migration nicht zu lösen.



Deshalb 2 x Nein zum Asylgesetz und zum Ausländergesetz. Mehr Informationen unter www.auslaendergesetz-nein.ch

Ja zur Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“!

Maya Graf, Nationalrätin



Die Nationalbank macht jedes Jahr hohe Gewinne. Heute gehen diese Gewinne zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone. Die von SP-Exponenten eingereichte KOSA-Initiative (Komitee Sichere AHV) verlangt nun, dass ein Teil der Gewinne zweckgebunden in die AHV fliesst. Die AHV würde so schon ab 2007 Mehreinnahmen von 1 bis 2 Milliarden Franken pro Jahr bekommen. Die Kantone erhalten weiterhin 1 Milliarde Franken pro Jahr und können somit auf eine sichere Einnahmequelle zählen

Warum ist ein Ja für unsere AHV so wichtig? Die AHV steht finanziell auf sicheren Beinen, doch geburtenstarke Jahrgänge werden bald ins AHV-Alter kommen. Daher braucht es mittelfristig mehr Einnahmen. Es macht grossen Sinn, diesen Mehreinnahmen nicht durch Lohnerhöhungen und nicht durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu begegnen. Bei einem Ja müssen mindestens 10 Jahre lang keine dieser Optionen ergriffen werden. Das ist speziell wichtig für Familien und die junge aktive Erwerbsbevölkerung, die mehr Geld zur eigenen Verfügung haben. Zudem versucht der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit im Parlament seit Jahren die AHV-Renten zu kürzen, etwa in dem die Teuerung nicht mehr ausgeglichen wird. Bundesrat Couchpin will gar das AHV-Rentalter auf 67 Jahre erhöhen! Ein Ja zur „AHV-Initiative“ stärkt all jene, die sich für eine starke, gerechte AHV einsetzen.

Die Nationalbank gehört der Schweizer Bevölkerung. Sie erwirtschaftete zwischen 1988 und 2005 durchschnittlich über 3.3. Milliarden Ertrag pro Jahr! Es macht Sinn, dass ein Teil der Gewinne an die Bevölkerung zurück fliesst, in dem es in die Altersvorsorge fliesst. Die Substanz und die Unabhängigkeit der Nationalbank wird dabei nicht angetastet. Die Nationalbank wird gemäss Initiative und Gesetz selber bestimmen können, wie viele Gewinne sie ausschüttet. Neu und wichtig bei einem Ja am 24. September ist dabei nur: Die AHV und damit wir alle profitieren auch davon!

Chemiemüll und Trinkwasser vertragen sich nicht

Jürg Wiedemann, Landrat Birsfelden



In Muttenz haben die Vorgängerfirmen von Novartis, Ciba, Syngenta und Clariant in drei Deponien über 14'000 Tonnen Chemiemüll abgelagert. Das Gift liegt direkt neben der Trinkwasserversorgung der Hardwasser AG, woher über 100'000 Menschen aus dem Grossraum Basel ihr Trinkwasser beziehen. Während Jahrzehnten behaupteten die Chemische

Industrie, das Baselbieter Umweltamt, das kantonale Laboratorium und die Baselbieter Regierung gebetsmühlenhaft: Der Chemiemüll könne das Trinkwasser aus Muttenz nicht verschmutzen, das Trinkwasser sei absolut sauber. Diese Aussage ist so wahr wie „die Erde ist eine Scheibe“. Im Trinkwasser sind zahlreiche, zum Teil hochgradig krebserregende Giftstoffe im Nanobereich nachgewiesen worden, unter anderem Hexachlorbutadien, Tetrachlorbutadien, Methansulfonanilid, Perchlorethen, Trichlorethen, Polychlorierte Biphenyle, 2.6-Dichloranilin.

Methansulfonanilid ist ein typischer Deponiegiftstoff, der auch auf der Stoffliste aufgeführt ist, welche Novartis, Ciba, Syngenta und Clariant im Jahr 2003 für die Untersuchungen der Muttenzer Chemiemülldeponien zusammengestellt haben. Im Trinkwasser wurde also eine Substanz nachgewiesen, die selbst die Industrie mit ihren Chemiemülldeponien in Verbindung bringt. Damit ist klar, dass Giftstoffe von den Chemiemülldeponien in Muttenz in die Trinkwasseranlagen der Hardwasser AG gelangen können. Dies ist brisant, weil das Grundwasser neben den Muttenzer Deponien mit über 80 zum Teil hochgradig krebserregenden Chemikalien kontaminiert ist. Darunter finden sich auch zahlreiche, völlig unbekannte Substanzen, über deren Toxizität man gar nichts weiss und somit auch nicht bekannt ist, wie diese auf Mensch und Tier wirken. Für diese unbekanntes Chemikalien gibt es in der Altlastenverordnung auch gar keine Grenzwerte. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Substanzen ebenso in unserem Trinkwasser vorkommen.

Krebserregende Substanzen gehören nicht ins Trinkwasser, auch nicht in kleinen Mengen. Die Altlastenverordnung schreibt eindeutig vor: Wenn eine Chemikalie aus einer Chemiemülldeponie das Trinkwasser verunreinigt, muss die Deponie unabhängig von der gefundenen Konzentration saniert werden. Die Grüne Fraktion wird im Landrat die Regierung auffordern, endlich sämtliche Analyseergebnisse des Trinkwassers vollständig offen zu legen. Alle zukünftigen Untersuchungen müssen umgehend auf eine Totalsanierung der Muttenzer Chemiemülldeponien ausgerichtet werden und zum präventiven Schutz der Trinkwasserkonsumentinnen und -konsumenten müssen Sofortmassnahmen erfolgen, zum Beispiel mit der Vorbehandlung des Trinkwassers. Wir wollen eine Garantie, dass unser Trinkwasser in Zukunft sauber ist.

www.stopoffroader.ch



Auch in diesem Sommer sind die Gletscher wieder etwas kürzer geworden, der Urlaubsverkehr ist etwas grösser geworden, die Personenwagen im etwas längeren Stau sind etwas stärker-, grösser- und schwerer- geworden.

Nur im Nationalrat ist diesbezüglich, in diesem Sommer, wieder einmal nichts überdacht worden.

Deshalb wird die Initiative für eine vernünftige, menschenfreundliche Mobilität von uns Jungen Grünen ausgearbeitet.

Für das Monsterprojekt brauchen wir dringend deine Unterschriftszusage! Gib deshalb bitte noch heute an, wie viele Unterschriften du für die Initiative sammeln kannst. Nach der Lancierung der Initiative bekommst du die entsprechende Anzahl Unterschriftsbogen zugesendet.

Auf www.stopoffroader.ch findest du alle Hintergrundinfos und aktuelle Fakten.

Infos zu den bevorstehenden Landrats- und Regierungsratswahlen

- 24. August Mitgliederversammlung: Nomination Regierungsratskandidat, Allschwil
- 23. September Mitgliederversammlung: Nomination LandratskandidatInnen, Liestal
- 23. September Treffen aller LandratskandidatInnen, Liestal
- 11. Februar 07 Landrats- und Regierungsratswahlen

Unterstützung für die Wahlen im Jahr 2007

In wenigen Monaten finden im Baselbiet Landrats- und Regierungsratswahlen statt. Unterstützen Sie uns bitte bei den aufwändigen Vorbereitungen, damit wir mit Ihrer Hilfe an den Wahlen erfolgreich sein werden!

Ich werde Mitglied bei den Grünen
(Fr. 200 für Erwerbstätige, Fr. 70 für Wenigverdienende)

Ich unterstütze die Grünen mit einer Spende

Herzlichen Dank für Ihren Beitrag!

Benutzen Sie bitte beiliegenden Einzahlungsschein, oder senden Sie diesen Talon ein an:

Grüne Baselland Tel/Fax: 061 321 41 15
Postfach 267 e-mail: bl@gruene.ch
4012 Basel PC-Konto: 40-7608-1